



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

44. Sitzung (öffentlich)

6. Februar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 17:10 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Neustrukturierung der Schulsozialarbeit in NRW

7

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3013
Ausschussprotokoll 17/449

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD ab.

- 2 Flüchtlinge auf die Rückkehr in ihre Heimatländer vorbereiten – Einführung eines Programms „Fit4Return / Heimat mit Zukunft – Vom Geflüchteten zum Aufbauhelfer“** **8**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3021
Ausschussprotokoll 17/492

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag gegen die Stimmen der Fraktion der AfD mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ab.

- 3 Es ist fünf nach Zwölf! Wann wird die Landesregierung endlich kurzfristig wirksame Maßnahmen gegen die drohenden Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ergreifen? – Diesel-Hardware-Nachrüstung jetzt!** **10**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4458

– Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD ab.

- 4 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bergmannsversorgungsgesetzes und des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen** **11**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4579

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt einstimmig, in seiner nächsten Sitzung eine Beschlussempfehlung abzugeben.

**5 Gesetz zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes
Nordrhein-Westfalen 12**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4781

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss vereinbart, in der nächsten Sitzung über den Gesetzentwurf zu beschließen, sofern das Ministerium rechtzeitig vor dieser Sitzung dem Ausschuss die Stellungnahmen aus der Verbändeanhörung zur Verfügung stellt und in einer Vorlage darlegt, welche der Änderungen in dem Gesetzentwurf sich aus der Verbändeanhörung ergeben haben und welche der gewünschten Änderungen aus der Verbändeanhörung das Ministerium außen vor gelassen hat.

**6 Kein Kahlschlag beim landesrechtlichen Mieterschutz: Die Kappungs-
grenzenverordnung muss verlängert werden 13**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4454

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich nachrichtlich an der am 05.04.2019 stattfindenden Anhörung im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zu beteiligen.

**7 Älteren Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zu Pflege-
und Altenhilfe erleichtern und ihre Lebensleistung würdigen 14**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4455

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich aus terminlichen Gründen nur nachrichtlich an der am 22.03.2019 stattfindenden Anhörung im Integrationsausschuss zu beteiligen.

- 8 Landesregierung muss einen Zukunftsplan für die Ganztagschule vorlegen 15**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4456
- Verfahrensabsprache
- Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich nachrichtlich an der am 03.04.2019 stattfindenden Anhörung im Ausschuss für Schule und Bildung zu beteiligen.
- 9 Zuwanderung und Asyl sind grundsätzlich voneinander zu trennen. Die Landesregierung muss sich auf allen Ebenen ausschließlich für eine qualifizierte Zuwanderung einsetzen. 16**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4462
- Verfahrensabsprache
- Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich nachrichtlich an der am 22.03.2019 stattfindenden Anhörung im Integrationsausschuss zu beteiligen.
- 10 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen – 5. Bericht zur Umsetzung 17**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1590
- Diskussion
- 11 Arbeit der Besuchskommissionen und Rahmendaten der Unterbringung nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) 21**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1629
Vorlage 17/1630
- Diskussion

12 Beabsichtigte Einstellung der Förderung der Arbeitslosenzentren und Erwerbslosenberatungsstellen *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])* **24**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1635

– Diskussion

13 Gesundheitliche Versorgung in Justizvollzugseinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen *(Bericht – Vorlage 17/1106 – beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Sitzung des Rechtsausschusses am 26.09.2018; Bericht – Vorlage 17/1647 – beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **26**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1106
Vorlage 17/1647

– Diskussion

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt, falls der Rechtsausschuss eine Anhörung zu Vorlage 17/1106 beschließt, für eine Verfahrensabsprache noch einmal in die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufzunehmen.

14 Gewalt gegenüber Pflegekräften *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP [s. Anlage 3])* **29**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1642

– Diskussion

15 Assistenz behinderter Menschen im Krankenhaus *(Bericht beantragt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])* **31**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1646

– Diskussion

16 Beschlüsse des 9. Jugend-Landtags 2018 34

Beschluss 2 – JLT 2018

Beschluss 3 – JLT 2018

Information 17/141

– Diskussion

17 Verschiedenes 35**a) Besprechung des weiteren Vorgehens hinsichtlich des Antrags
„Sepsissterblichkeit nachhaltig verringern – Erstellung und Umsetzung
eines landesweiten Sepsisplans“**

Gemäß Vereinbarung in der Obleuterunde soll die Beratung
über den Antrag in der nächsten Ausschusssitzung fortgesetzt
werden.

**b) Rechtliche Fragestellungen in Bezug auf den Brexit im Zuständig-
keitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und
Soziales**

* * *

4 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bergmannsversorgungsscheingesetzes und des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4579

– Verfahrensabsprache

Das Plenum hat den Gesetzentwurf nach der ersten Lesung am 23.01.2019 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Peter Preuß (CDU) teilt mit, dass auf eine Anhörung verzichtet werden könne, da es sich um Anpassungsregelungen handele.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, in seiner nächsten Sitzung eine Beschlussempfehlung abzugeben.

